

## Protokoll 2. Sitzung der Kommission Open Source am 27.02.2014

### Referenten:

Dr. Ludwig Bohrer, Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Thomas Dickmann, ITDZ Berlin

Michael Arndt, Open Source Business Alliance (OSBA)

### **Vortrag von Dr. Bohrer zum standardisierten IT-Arbeitsplatz** (ohne Präsentation)

Gruppenleiter bei SenInnSport, zuständig für eGovernment, IT-Sicherheit, IT-Standards

- Mit der neuen Koalition gibt es eine neue Ausrichtung der Verwaltungsmodernisierung: weniger Papiere verfassen, mehr an strategischen Projekten mitwirken, eins davon ist der standardisierte IT-Arbeitsplatz
- Zitat aus der Koalitionsvereinbarung: „*Es wird ein standardisierter IT-Arbeitsplatz entwickelt und vom ITDZ im Wettbewerb angeboten.*“
- strategische Bedeutung des standardisierten IT-Arbeitsplatzes: Aufwand und Ressourcen für die Bereitstellung der IT und für Dienstleistungen können verringert werden
- es geht auch um eine Vereinheitlichung der Hardware, Software und der Dienstleistungen
  
- Zur Entwicklung des standardisierten IT-Arbeitsplatzes wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, in der Vertreter aus Haupt- und Bezirksverwaltungen mitwirken
- Zwischenergebnis der Arbeit: Anforderungskatalog (verlinken, in der Anlage)  
Anforderungskatalog = theoretische Zielbeschreibung
- nun muss die Umsetzung folgen – Problem: Es gibt etwa 70 Verwaltungen, die mitreden müssten und einen Senat, der einstimmig beschließen muss
- deshalb wurde eine Pilotgruppe gegründet: Innenverwaltung, Finanzverwaltung, Justizverwaltung und Bildungsverwaltung als Ressorts, die insgesamt 40.000 Arbeitsplätze vertreten = 2/3 aller Arbeitsplätze + ein Vertreter des ITDZ  
Ziel: Einigung auf einen gemeinsamen Arbeitsplatz, Festlegung erfolgt derzeit
  
- **Fachverfahren** spielen eine wichtige Rolle: Die Fachverfahrensverantwortlichen schreiben den Anwendern vor, unter welchem Programm und welcher Version die Verfahren zu laufen haben
- Es gibt ca. 330 im Land Berlin
- derzeit ist der Verfahrensverantwortliche die jeweilige Fachverwaltung  
Diese Regel hat sich nicht bewährt, es muss ein Rahmen gesetzt werden, ein erstes Konzeptpapier wird derzeit erarbeitet, mit dem Ziel für neue Verfahren und die Weiterentwicklung der bestehenden Verfahren einen verbindlichen Rahmen zu setzen
  
- Für die Einführung eines standardisierten IT-Arbeitsplatzes bedarf es eines Gremiums, das über die Ausgestaltung berät, denn mit allen 70 Häusern kann das nicht verhandelt werden
  
- Zielvorstellung: Entscheidung im Senat über den standardisierten IT-Arbeitsplatzes und über ein gemeinsames Kooperationsmodell für die gemeinsamen Dienstleistungen.

- Die Dienstleistungen werden derzeit beschrieben. Ziel ist es, zu definieren, welches Haus welche Dienstleistungen anbieten kann und dann auch verbindlich erbringen muss.
- Monetarisierung: eine Preisbeschreibung als Grundlage für die Verhandlungen mit SenFin muss ausgearbeitet werden

**Ziel:** zum Sommer dieses Jahres Senatsvorlage, die dann auch in den RdB geht

Es wird mehrerer Phasen der Einführung geben:

1. Phase: Einigung der 4 Ressorts, die ihn in ihren Häusern ausrollen
2. Phase: Ausrollen auf die gesamte Berliner Verwaltung
3. Phase: Optimierung, hier kann es dann auch um einen strategischen Einsatz von OSS gehen

Grund, warum OSS erst in Phase 3 eine Rolle spielen kann:

- Derzeitiger Einsatz von OSS: Im Serverbereich im ITDZ fast 40 %, Desktopbereich ist am schwierigsten aufgrund der Fachverfahren
- Da es im Land Berlin 70 Entscheidungsträger gibt, die sich auf eine Linie einigen müssen, die Experimentierfreude geht gegen Null, daher wird es nicht möglich sein, einen Beschluss im Senat zu bekommen, auf OSS umzusteigen
- das oberste Ziel ist derzeit die Einigung auf einen standardisierten Arbeitsplatz, egal ob OSS oder Microsoft

Redebeitrag von Herrn Piechowski, IT-Manager in Tempelhof-Schöneberg:

- Eine einheitliche Entscheidung, egal welche, ist besser als keine; jedoch fehlt bislang der politische Mut dazu
- Vorschlag: Clearingstelle für Fachverfahren
- Verwaltung sollte darauf achten, das Heft des Handelns in der Hand zu behalten, das wird in Zukunft mit einer proprietären Software immer weniger der Fall sein

**Herr Dickmann, ITDZ Berlin** (ergänzend zu den Folien in der Anlage)

- Beteiligung an der Arbeitsgruppe zum standardisierten IT-Arbeitsplatz ist Teil der strategischen Ausrichtung des ITDZ Berlin, das darum bemüht ist, Standardisierung voran zu treiben
- Ist-Information als Beispiel aus der Steuerverwaltung, die Open Office nutzen (rd. 8.000 Arbeitsplätze): Es besteht regelmäßig entsprechender Anpassungsbedarf aufgrund der Nutzung von Open Office in Berlin bei Vorlagen usw., da die Bereitstellung aus dem Bundesverbund im anderen Format entsprechend der Nutzung der Mehrheit der Verbundteilnehmer erfolgt.
- 2008 Open Source PC kreiert, aber es fehlen die Anwender und damit die Partner (Dienststellen), die das nutzen  
Gegenstand war ein Basisangebot ohne Integration von Fachverfahren etc.  
Für die weitere Entwicklung wäre ein Partner (= Dienststelle als Kunde) notwendig gewesen, der die Weiterentwicklung dann auch mitgetragen hätte

Stellungnahme von Herrn Piechowski aus Tempelhof-Schöneberg:

- Feigenblatt-Diskussion, weil das ITDZ damals nach dem Versuch des Bezirks umzustellen, fast dazu verdonnert wurde, dieses Angebot zu machen. Problem: Wenn

der Support für Fachverfahren auf Linux verweigert wird, braucht es auch kein Angebot eines OSS-Arbeitsplatzes.

- Problem: Standards gibt es teilweise, aber es wird sich nicht daran gehalten. Es braucht Sanktionsmöglichkeiten.

Frage aus dem Publikum:

Keiner spricht sich gegen OSS aus, warum macht es dann keiner?

Antwort von Herrn Zentgraf, IT-Manager des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg:

- Personelles Problem: Die meisten Dienststellen haben die personellen Kapazitäten für ein solches Projekt nicht;
- Finanzielles Problem: Die Bezirke haben das für ein Umstieg notwendige Geld nicht.

Antwort von Herrn Dickmann, ITDZ Berlin:

- Zunächst ein Hinweis zum Beitrag von Hr. Piechowski: Hr. Dickmann weist den Hinweis „Feigenblatt-Diskussion“ zurück, da die Entwicklung des OS-PC aufgrund des Status im Land Berlin zu dem Zeitpunkt entschieden wurde und diese Vorleistung bis zu dieser Entwicklungsstufe als bewusstes Angebot realisiert wurde (auch um die Bedarfslage über Diskussionen hinaus genauer feststellen zu können)
- Antwort auf die Frage:  
Wenn die Bereitschaft und damit einhergehend auch ein Finanzierungsmodell im und für das Land Berlin besteht, wäre das ITDZ Berlin weiterhin als interner IT-Dienstleister der Berliner Verwaltung dabei  
Einschätzung: Als nächsten Schritt wird die beschlossene Linie im Land Berlin bezüglich des standardisierten IT-Arbeitsplatzes weiter zu verfolgen sein.

Antwort von Dr. Bohrer, SenInn:

- Für eine Migration des Bezirks könnten Projektmittel des Programms ServiceStadt Berlin beantragt werden. Es ist aber davon auszugehen, dass ein solches Projekt zum jetzigen Zeitpunkt nicht gefördert werden würde, da zunächst die Entwicklung des standardisierten IT-Arbeitsplatzes abgewartet wird. Zudem würden die Projektmittel alleine nicht ausreichen.

**Herr Arndt, OSBA**

- Verwaltung kann transparenter und bürgerfreundlicher werden, wenn sie Open Source einsetzt.
- Aufforderung: Mehr Mut zum Risiko, Sachzwänge in Frage stellen
- Weg von einem einzigen möglichen Anbieter, um Login zu vermeiden
- Fachverfahren: Ein Ausschreibungskriterium müsste sein, dass die Verfahren auf allen Betriebssystemen laufen können.
- Interoperabilität: Befreiung von Sachzwängen; einzelne Komponenten austauschen, um die Abhängigkeit zu verringern
- Ein „Zoo von Lösungen“ kann auch aus Sicherheitsgründen sinnvoll sein
- Teilstrategien: zunächst nur die Serverkomponente austauschen = die Anwender bemerken gar nicht, dass sie ein Open Source-Produkt benutzen
- Anforderung sollte sein: Software muss portabel sein, auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht
- Neue Fachverfahren grundsätzlich auf Open Source-Lösungen ausschreiben, der Bundestag macht das bereits

- Grund: der Auftragsgeber kann den Dienstleister wechseln, die Sicherheit ist besser zu gewährleisten, Kooperationen mit anderen Behörden sind leichter, weil die Kooperationspartner die Software übernehmen können

Anmerkung von Herrn Dickmann, ITDZ:

- zur Forderung Fachverfahren auf Open Source ausschreiben: Es gibt in Berlin die Strategie fertige Produkte/Standards einzukaufen, eine Eigenprogrammierung soll nicht erfolgen. Dies ist bei Planungen zu OS-Lösungen bei neuen Fachverfahren ebenso wie wirtschaftliche Gründe zu beachten.

Dr. Bohrer:

- stimmt Herrn Arndt zu, dass es bereits jetzt Möglichkeiten gibt, Open Source einzusetzen
- Widerspruch zur „These Fachverfahren nur noch auf Open Source“ auszuschreiben: Das Risiko, komplexe Verfahren neu programmieren zu lassen ist enorm groß. Deshalb ist es empfehlenswert, fertige Produkte einzukaufen. Diese sollten jedoch plattformneutral sein, d.h. auf verschiedenen Betriebssystemen laufen können.

Klärung: ITBePla (= IT Bestands- und Planungsübersicht) erfasst den IT-Bestand der Berliner Verwaltung (siehe Link unten); die Neuausschreibungen von Fachverfahren entscheidet der jeweilige Verfahrensverantwortliche.

Weitere Informationen:

**Link zur Seite von SenInn zum Thema IT:** <http://www.berlin.de/sen/inneres/moderne-verwaltung/informationstechnik/>

**Link zur IT-BePla:**

<http://www.berlin.de/sen/inneres/moderne-verwaltung/informationstechnik/it-controlling/it-bestands-und-planungsuebersicht/artikel.35221.php>

**Open IT Berlin:** <http://www.open-it-berlin.de>

**Handreichung der OSBA zum Thema Vergabe:**

<http://www.linux-magazin.de/NEWS/Ratgeber-fuer-Linux-in-Behoerden-OSBA-gibt-Open-Source-Handreichung>

Für das Protokoll: Hannah Kreinsen